

*An die Mitglieder der GEW Niedersachsen
bei kommunalen Arbeitgebern*

Tarifinfo Nr. 2

Hannover, 03.09.2020

// TARIFRUNDE BUND UND KOMMUNEN (TVÖD) 2020 //



Gewerkschaften fordern 4,8% Entgelterhöhung – Auftakt ohne Angebot der Arbeitgeber!

Die Tarifverhandlungen 2020 für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVöD) haben am 1. September begonnen.

Die DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU sowie die dbb Tarifunion verhandeln für rund 2,5 Millionen Beschäftigte mit den Arbeitgebern Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA).

In der 1. Verhandlungsrunde am 1. 9. haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt.

Die gemeinsamen Forderungen der DGB-Gewerkschaften:

- **Entgelterhöhungen:** Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro unter Berücksichtigung einer sozialen Komponente erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen sollen um 100 Euro steigen
- Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen.

Weiterhin erwarten die Gewerkschaften Regelungen u. a. zu folgenden Bereichen:

- Angleichung der Arbeitszeit im Tarifgebiet Ost auf das Niveau West (39 Stunden)
- Entlastung der Beschäftigten insbesondere durch zusätzliche freie Tage.
- Verlängerung und Verbesserung der Altersteilzeitregelungen
- Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung und Fahrtkostenzuschuss

Die erste Runde der Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten ist ohne Angebot der Arbeitgeber zu Ende gegangen. Die Verhandlungen werden am **19. und 20. September** fortgesetzt. Die 3. Verhandlungsrunde wird am **22./23. Oktober** stattfinden. Sollte es dann keinen Abschluss geben, könnte das Schlichtungsverfahren beginnen.

Bedingt durch die schwierigen Rahmenbedingungen einer Tarifrunde in der Corona-Pandemie hatten die Gewerkschaften den Arbeitgebern vorgeschlagen einen nur kurz laufenden Tarifvertrag mit Einmalzahlungen abzuschließen und dann in 2021 unter „normalen“ Bedingungen die Tarifverhandlungen zu führen. Das haben die kommunalen Arbeitgeber strikt abgelehnt. Der Verhandlungsführer der VKA Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge fordert nicht nur Nullrunden für die Beschäftigten, sondern will für bestimmte Branchen wie Sparkassen und Flughäfen Absenkungen des Tarifniveaus erreichen. Der Verweis auf die durch die Krise einbrechenden Steuereinnahmen der Kommunen soll dafür herhalten, den Beschäftigten maximal einen Inflationsausgleich bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von drei Jahren zuzugestehen.

Die Antwort der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ist klar: der öffentliche Dienst und dabei alle unterschiedlichen Branchen leisten einen unermesslichen Beitrag zur Bewältigung der Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs. Ohne starke und verlässliche öffentliche Dienstleistungen ist die Krise nicht zu bewältigen.

Da die Arbeitgeber seit Beginn der Tarifrunde auf Konfrontation gegangen sind, werden trotz der Einschränkungen unter Corona die Beschäftigten ihre Aktionsbereitschaft unter Beweis stellen.

Kreative Aktionsformen, die betriebsnah sind, werden dabei den Auftakt bilden. Besonderes Augenmerk werden die Gewerkschaften auf die sukzessive Steigerung der Aktionen bis hin zu zentralen Streiks vor der letzten Verhandlungsrunde im Oktober legen.

Über den Fortgang den Verhandlungen und die geplanten Aktionen und Warnstreiks informiert die GEW auf den Homepages (www.gew.de und www.gew-nds.de). Wer aktuell informiert sein möchte, sollte das Tariftelegramm des Hauptvorstandes abonnieren www.gew.de/tariftelegramm-tvoed/

In unregelmäßigen Abständen wird der Landesverband eigene Tarifinfos herausgeben, die direkt per Mail an die Mitglieder im Bereich des TVÖD verschickt werden. Dazu benötigen wir eine Mailadresse, die ihr uns bitte unter email@gew-nds.de mitteilt!

Die Tarifrunde 2020 stellt für die Beschäftigten und die Gewerkschaften eine bisher nicht gekannte Herausforderung dar. Ihr Verlauf und das Ergebnis werden für die im Jahr 2021 stattfindende Tarifrunde zum TV-L für die Beschäftigten der Länder wegweisend sein!